



5. Juli 2018

AUSGABE 6/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

es war ja klar: Nachdem sich die Union in den letzten Wochen fast selbst zerlegt hat, wird mit der Einigung von Montag der schwarze Peter an die SPD weitergeschoben. Es ist schon eine Frechheit, den alten Hut der Transitzone wieder hervorzukramen und uns als Lösung für die komplexen Fragen der Migrationspolitik vorzuschlagen. Zudem handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe geflüchteter Menschen, die bereits in einem anderen Land registriert sind und das Asylverfahren deshalb in diesem Land auch zu einem Ergebnis gebracht werden sollte.

Die SPD hat sich bereits im Jahr 2015 gegen geschlossene Massenunterkünfte ausgesprochen. Ich halte sie momentan auch für untauglich, da es mit Österreich und Italien keine Rückführungsabkommen gibt. Österreich hat zudem angekündigt, bei solch einem Verfahren die Grenzen nach Italien und Slowenien zu schließen. Damit wird eine Errungenschaft in Europa, die Freizügigkeit, gefährdet.

Wir dürfen bei dem Thema nicht zu sehr einknicken, aber es auch nicht über einen zu langen Zeitraum als das beherrschende Thema zulassen. Wichtig ist, mit unseren Sachthemen zu punkten.

Baukindergeld kommt

In der letzten Woche haben wir uns mit der Union auf das Baukindergeld geeinigt. Wir wollen Menschen finanziell dabei unterstützen, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung verwirklichen zu können. Besonders wichtig ist uns, dass nicht die Familien unterstützt werden, die sich ohnehin den Kauf leisten können, sondern Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Deshalb ist das Baukindergeld auf 75.000 Euro jährliches Einkommen begrenzt. Diese Grenze wird pro Kind um 15.000 Euro erhöht. Gezahlt werden über einen Zeitraum von zehn Jahren 1.200 Euro – also insgesamt 12.000 Euro für jedes Kind. Gleichzeitig werden die Mittel für die Förderung des Baus von Mietwohnungen um zusätzliche 500 Millionen Euro erhöht. Auch der Städtebauförderung werden für 2019 und 2020 weitere 50 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr zur Verfügung gestellt. Da gerade der soziale Wohnungsbau ein sozialdemokratisches Kernthema ist, ist die Aufstockung für uns ein wichtiger Erfolg.

Apropos Baukindergeld: Seit Donnerstag ist das Informationsportal www.familienportal.de im Internet zu finden. Dort gibt es jegliche Informationen zu Leistungen, die Familien beziehen können. Es gibt dort Beratungsangebote, aber auch die spezielle Suche nach Angeboten vor Ort ist möglich.

Mindestlohn steigt um über 5 Prozent

Die Mindestlohnkommission hat einstimmig vorgeschlagen, den Mindestlohn in zwei Stufen zum 1. Januar 2019 erst auf 9,19 Euro und ein Jahr später auf 9,35 Euro zu erhöhen. Damit steigt der Mindestlohn um über fünf Prozent und auch Menschen mit niedrigerem Gehalt profitieren von der guten Lohnentwicklung und Wirtschaftslage in Deutschland. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zeigt sich mit dem Ergebnis der Kommission zufrieden.

Klar ist aber auch, dass der Mindestlohn die absolute Lohnuntergrenze definiert. Unser Ziel ist eine flächendeckende Tarifbindung, um angemessene Löhne für alle Beschäftigten zu sichern. Außerdem ist es uns wichtig, Mindestlohnverstöße stärker zu bekämpfen, denn wer den Mindestlohn unterläuft, handelt illegal. Damit das gelingt, stärken wir den Zoll und stellen mehr Personal bei der zuständigen Behörde ein.

Griechenland verlässt den Rettungsschirm

Griechenland kann die Rettungsschirme nach acht Jahren verlassen und hat die Chance, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist eine gute Nachricht für die Griechen und insgesamt für Europa. Wir haben während der gesamten Krise große Solidarität mit unseren griechischen Partnern gezeigt, obwohl wir oft und hart im Bundestag miteinander gerungen haben. Griechenland hat große Anstrengungen unternommen müssen, um die Voraussetzungen für die Hilfskredite zu erfüllen. Das ging nicht, ohne beispielsweise die Renten und die Löhne im öffentlichen Sektor deutlich anzupassen. Die Menschen in Griechenland verdienen deshalb unsere Anerkennung und unseren Respekt. Entgegen aller Mythen hat der deutsche Haushalt aber nicht unter unserer Solidarität gelitten. Seit dem Jahr 2010 hat Deutschland an den Milliardenhilfen zur Rettung Griechenlands rund 2,9 Milliarden Euro an Zinsgewinnen verbuchen können.

Ausbildung in der Pflege attraktiver machen

Der Bundestag hat in der letzten Woche endgültig den Weg für die Reform der Pflegeausbildung freigemacht. Die reformierte Ausbildung kann also ab dem 1.1.2020 starten. Durch die verallgemeinerte Pflegeausbildung machen wir die Pflegeberufe attraktiver und moderner, denn die Bekämpfung des Personalmangels in der Pflege ist weiterhin eines unserer Hauptanliegen. Zu den Neuerungen zählt die Zusammenführung der bisher getrennten Ausbildungen in der Alten- und der Krankenpflege. Was für uns aber die wichtigste Errungenschaft ist, ist die bundesweite Abschaffung des Schulgelds und die Zahlung einer angemessenen Vergütung für die Auszubildenden. Niemand muss sich mehr die Frage stellen, ob er sich eine solche Ausbildung leisten kann. Durch diese Maßnahmen wird der gesamte Berufszweig aufgewertet und dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegengewirkt. Bis zum

Start der neuen Ausbildung müssen die Länder die Vorgaben der Verordnung noch in ihr Schul- und Hochschulrecht übernehmen. Für den Abschluss der notwendigen Kooperationsverträge vor Ort und organisatorische Änderungen sind im Gesetz zusätzliche Unterstützungsangebote vorgesehen.

Gute Kitas für bessere Bildung

Der Grundstein für die gute Entwicklung von Kindern wird oft schon in den ersten Lebensjahren in den Kitas gelegt. Uns ist es besonders wichtig, dass die Qualität der Kitas verbessert wird und es sich gleichzeitig jeder leisten kann, sein Kind in der Kita unterzubringen. Deshalb hat unsere SPD Familienministerin Franziska Giffey das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg gebracht. Dafür stellt der Bund allein bis 2022 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Ursprünglich waren nur 3,5 Milliarden Euro bis 2021 geplant. Das Gesetz enthält neun verschiedene Instrumente, um die Länder bei der Verbesserung der Kita-Qualität zu unterstützen. Hier geht es um ganz unterschiedliche Aspekte – von der Gebührenbefreiung bis zur individuellen Sprachförderung. Klar ist, dass zur guten Kita auch zusätzliche Fachkräfte gehören. Deshalb sind wir dabei, Bezahlung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erzieher zu verbessern.

5 Punkte für eine europäische Migrationspolitik

Als Sozialdemokraten stehen wir ganz klar für eine gesamteuropäische Lösung in der Migrationspolitik. Während der Masterplan von Innenminister Seehofer immer noch nur in Teilen bekannt ist, haben wir deutliche 5 Punkte festgelegt, die unsere Linie in der Asylpolitik definieren. Die Punkte wurden einstimmig im Parteivorstand beschlossen:

1. Europas Verantwortung in der Welt
 - Entwicklungszusammenarbeit weiter verbessern
 - Fluchtursachen bekämpfen
 2. Freizügigkeit in Europa erhalten
 - Keine flächendeckenden Binnengrenzkontrollen
 - Dennoch ist das Ersteinreiseland für das Asylverfahren zuständig
 3. Mitgliedsstaaten mit besonderen Herausforderungen unterstützen
 - Finanzielle und organisatorische Unterstützung für Staaten an den Außengrenzen
 - Unterstützung bei der Unterbringung, bei den Asylverfahren und bei der Rückführung
 4. Schutz der Außengrenzen der EU
 - Illegale Migration über die Grenzen Europas verhindern
 - Weiterer Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex
 - Trotzdem humanitäre Standards garantieren
 5. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz
 - Um illegale Migration einzudämmen, können legale Einwanderungsmöglichkeiten helfen
 - Einwanderung von Arbeitskräften nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes steuern
-

Nachdem wir heute die letzte Sitzungswoche hinter uns bringen, steht wohl eine unruhige Sommerpause vor der Tür. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation mit der Union entwickelt. Falls ihr die Problematik in euren Ortsvereinen mit mir persönlich besprechen wollt, meldet euch einfach in meinem Berliner Büro.

Ich darf euch aber jetzt schon zur neuen Ausgabe von „Poschmann, Pils und Politik“ am 6. September mit Kevin Kühnert als Gast einladen. Wie beim letzten Mal findet das Gespräch in der Kneipe Sissikingkong, Landwehrstr. 17, in der Nordstadt statt. Vom Hauptbahnhof aus fährt der Bus 475, der direkt vor dem Sissikingkong hält (Haltestelle Kesselstraße).

Trotz der turbulenten Zeiten in Berlin wünsche ich euch einen guten Start in die Ferien und einen schönen Sommer!

Liebe Grüße

Eure

Sabine



SPD **JUSOS**
Dortmund

**POSCHMANN,
PILS UND POLITIK**
mit Kevin Kühnert, 6. September 2018 um 18 Uhr

Sissikingkong // Landwehrstraße 17 // 44147 Dortmund

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass bei dieser Veranstaltung Bildaufnahmen zur Dokumentation der Veranstaltung in der Presse und dem Internet gemacht werden. Mit der Teilnahme an der Veranstaltung erklären Sie sich damit einverstanden.